

Bezug-Preis

Bei den Bezugsposten oder den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Ausgabestellen abzahlt: höchstens 4.40,- bei zweimaliger möglichster Ausstellung insgesamt 4.60,- Durch die Post bezogen für Deutsches und Österreich: viermaliglich 4.6,-. Diese möglichste Ausgabenzahl ist maximal: monatlich 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint am 5.7 Uhr, die Abend-Ausgabe Mittwochtag um 6 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johanneschoff 8.

Die Expedition ist Mittwochtag ununterbrochen geöffnet von 8 bis Abend 7 Uhr.

Filialen:

Otto Niem's Kaffee, (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Vorläufer).

Louis Wöhle,

Kappelstraße 14, post. und Königstraße 2.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 124.

Donnerstag den 10. März 1898.

92. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 10. März.

Die in unserer heutigen Morgen-Ausgabe mitgetheilte Erklärung des Centralvorstandes und der vereinigten Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses war zur Röthwendigkeit geworden, nachdem der hauptsächlich von Mitgliedern des Wirtschaftlichen Ausschusses ausgegangene Aufruf zur wirtschaftlichen Sammlung in Rücksicht von extrem-agrarischer Seite eine Umdeutung erfahren hatte. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

"Am 21. Dezember 1903 laufen unsere Handelsverträge mit Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien, Russland, der Schweiz und Serbien ab und wir werden vorher rechtzeitig auch in eine Rüttlung unserer anderweitigen Handelsverträge einzutreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Weitbegünstigungsklausel, die allen Staaten auch solche Concessions ohne Entschuldigung läßt, welche durch Vertragsmärkte mit wirtschaftlichen Opfern von uns erlangt haben, in der bisherigen Form fortsetzen aufrecht erhalten sein wird."

Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland ab. Die Reichsregierung hat durch Bekanntgabe des wirtschaftlichen Aufschwungs und durch wiederholte aufdrückliche Erklärungen des freien Willens bedeutet, die weiteren und schwierigeren Fragen unseres Einverstaatlichens zu vertiefen und begründete Forderungen nach wirtschaftlicher Schutz unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden.

Der Reichsregierung auf dieser Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände.

Die Entscheidung aber liegt bei dem neu zu wählenen Reichstage, der sowohl über den zukünftigen Aufbau unseres Reichs als, wie über das Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Ausfall der Reichstagswahl hängt die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik ab.

Daher ist die Sammlung aller derjenigen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kämpfens der Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten.

Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien nur für jüdische Kandidaten einzutreten, welche fest auf dem altherühmten Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Verhältnisse aufgestützt werden.

An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergeht daher die dringende Aufforderung, schon bei der Aufführung der Kandidaten sich über die Wahl von Wählern zu einigen, welche rücksichtlos auf den Boden der nationalen Wirtschaftspolitik führen."

Während dieser Aufruf es war für zweifelhaft erklärt, ob die Weitbegünstigungsklausel in der bisherigen Form fernthalb aufrecht zu erhalten sei, wurde in Altonaberg bekanntlich fühlbar, daß der Verteidigung dieser Klausel gewichen; deßgleichen wurden dort die langfristigen Bindungen gegenüber dem Auslande, die ein Verhältnis für Industrie und Handel sind, verworfen und so manche andere Forderung, die mit der

gleichmäßigen Verhältnisse aller Zweige des Erwerbslebens unvereinbar ist, aufs Neue erhoben und in den Ausfall hinein interpretiert. Demgegenüber war es unerlässlich, den Sinn, den die Ueberheblichkeit des Aufschwungs in diesen zum Ausdruck bringen wollen, wieder herzustellen und vor aller Welt klarzulegen, wozu die nationalliberalen Unterzeichner durch ihre Unterschrift sich verpflichten. Und das ist in kurzen Worten folgendes: Als Ausgleichsfeststellungen können wir nur solche Verhältnisse gelassen, bei denen neben der „besten“ Rücksicht auf die Landwirtschaft auch die Anerkennung, daß für Handel und Industrie längere Tarifverträge bedeutsam sind; umgekehrt müssen Handel und Industrie bei Wahrung dieser vitalen Interessen das höhere Schutzbefürchtung der Landwirtschaft gelassen lassen; wir wollen aber in diesem Augenblick und für diese Zwecke nichts weiter verfolgen, als die Festlegung und Verallgemeinerung der großen Grundlagen des Ausgleichs; auf Festlegung von Einzelheiten kann vor und nicht nur nicht ein, sondern vor der längeren Zeitstufe im Interesse verzögert werden.

Daß die Gewerke zum Ausdruck, die sich wahrnehmlich noch vermehren werden, — voraussichtlich läßt die Berliner Leitung des Bundes der Gewerkschaften nicht lange mit der Erklärung auf sich warten, daß sie als beruhete Vertreter der Landwirtschaft allein geeignet sei, festzustellen, was die Landwirtschaft kommt und von ihr als „gleichmäßige“ Verhältnisse ihrer Interessen aufgefaßt werden müßte —, die weckende Kraft des Aufschwungs noch verhält, geben wir ohne Weiteres zu. Die Hoffnung auf eine Einigung lassen wir aber trotzdem nicht sinken, da die Röthwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs zu klar auf der Hand liegt, als daß die Vertreter einseitiger und extrem Forderungen Aufschluß über die Geschäftswelt breiteren Maßen haben könnten. Auch das Organ des Bürgers Bismarck, die „Patri. Rache“, hält an dieser Hoffnung fest und sieht in der nationalliberalen Sammlung nicht, was diese Hoffnung vernichten könnte. Im Gegentheil:

"Wir sind der Ansicht, daß diese Aufführung die Partei in den Stand setzt, die Politik der wirtschaftlichen Sammlung förmlich zu unterstützen, da sie die gleichermaßen schädigende Wirkung aller Zweige der nationalen Arbeit beweist, der früher, wie die Söhdering seine Einsicht, der landwirtschaftlichen Produktion giebt, daß die nationalliberalen Partei, wenn sie die Politik der wirtschaftlichen Sammlung unterstützt, dabei die Wirkung ihrer Parteigrundsätze nicht präjudizieren will, sondern erläutern, demonstriert die Sache nicht. Der „Wirtschaftliche Aufschwung“, auf dessen Sohn die Sammlung erfolgen soll, bringt natürlich den wirtschaftlichen Aufschwung mit sich, die Söhdering kann nicht anders, als sich ablehnend verhalten. Es ist aber wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn in manchen Kreisen die Rede davon ist, daß die Bäuerinnen entschlossen seien, aus der Partei auszutreten und eine eigene Gruppe zu bilden; das ist sicherlich beabsichtigt und würde auch mit den Erklärungen Schädel's in Widerspruch stehen, die dieser noch in vergangenen Jahren abgegeben hat. Eine andere Frage ist freilich, wie lange das Centrum solche Spaltung in wichtigen nationalen Dingen vertragen wird; eine Rückwirkung auf den inneren Zusammenhang der Partei könnte sie unmöglich bleiben. Die Redner in der Montagssitzung waren, nachdem Müller-Julius über die Vorlage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet hatte, hauptsächlich Lieber, Gröber und v. Hartmann. Gröber stellte sich dabei vollständig auf den Standpunkt, als dessen Vertreter in erster Linie Lieber gilt, während Schädel und v. Hartling gegen ein so weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Regierung ihre Bedenken erhoben. Aber schon aus dem Verhalten Gröbers geht hervor, daß der Widerstand gegen die Vorlage wohl ausschließlich auf den bayerischen Theil des Centrums beschränkt bleibt wird. Lieber wird also vornehmlich die Würde seiner Partei hinter sich haben und kommt zu einer günstigen Entscheidung beitragen. Ein Schluß darauf ist schon aus der vorgebrachten Verhandlung in der Budgetcommission über

solche Befreiung zu ziehen, die nicht so verlaufen sein würde, wie sie verlaufen ist, wenn sich Dr. Sieber in der Minderheit wüßte. Das Ergebnis war, daß das gesammte Extraordinarium mit den gesammten Schiffenbauteilen bestimmt wurde. Der Abg. Richter erklärte von vornherein, daß Flottengefecht sei ja doch so gut wie ausgeschlossen, also habe es keinen Zweck, gegen einzelne Positionen sich zu erläutern; dafselbe erklärte der Abg. v. Jagd, jeweils im Namen der polnischen Fraktion. Damit war der Streit um die erste Quote zur Ausführung des Flottengesetzes zu Ende und die ersten Kästen zum Bau von zwei Kanonenbooten, eines großen Kreuzers, zweier kleiner Kreuzer, zweier Panzerboote, eines Torpedobootes und die erste Kiste zum Bau des Torpedobootes wurden glattweg genehmigt. Nur in einem Puncte war Dr. Sieber unverträglich: er wollte nicht auf den Bericht des Abg. Benigni eingehen, das Flottengesetz vor der zweiten und dritten Sitzung des Hauses zu erledigen. Die Tafel des Centrums geht eben dahin, dass allein Bahrmeier nach es dem Abg. Sieber gelungen, die Mehrheit der Fraktion für seine Ansicht zu gewinnen, und die Mehrheit wird sich doch der Minderheit nicht unterwerfen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Behauptung der „Hermannia“ zutreffend sei; alles, was über die Fraktionssitzung vom 7. d. bekannt wird, widerspricht dieser Behauptung. Obgleich von dem Vorkommen Graesens Hompesch dringende Einladungen zu dieser Sitzung ergangen waren, war sie doch nur mäßig besucht; die Mehrheit der bayerischen Ultramontanistinnen war abweichen, nur der Abgeordnete Schädel war als ihr Vorstatter herbeigeeilt, um dem Eifer Lieber's einen Dämpfer aufzulegen. Die Verhandlungen wurden allerdings in einem sehr möglichen Ton geführt, aber alles dies tauschte die Wahrscheinlichkeit nicht verschleiern, dass es bei den kommenden Abstimmungen über die Vorlage zu einer Spaltung des Centrums kommen wird; die Bäuerinnen werden vornehmlich der Mehrheit ihrer Fraktionsgenossen nicht folgen und sich ablehnend verhalten. Es ist aber wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn in manchen Kreisen die Rede davon ist, daß die Bäuerinnen entschlossen seien, aus der Partei auszutreten und eine eigene Gruppe zu bilden; das ist sicherlich beabsichtigt und würde auch mit den Erklärungen Schädel's in Widerspruch stehen, die dieser noch in vergangenen Jahren abgegeben hat. Eine andere Frage ist freilich, wie lange das Centrum solche Spaltung in wichtigen nationalen Dingen vertragen wird; eine Rückwirkung auf den inneren Zusammenhang der Partei könnte sie unmöglich bleiben. Die Redner in der Montagssitzung waren, nachdem Müller-Julius über die Vorlage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet hatte, hauptsächlich Lieber, Gröber und v. Hartmann. Gröber stellte sich dabei vollständig auf den Standpunkt, als dessen Vertreter in erster Linie Lieber gilt, während Schädel und v. Hartling gegen ein so weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Regierung ihre Bedenken erhoben. Aber schon aus dem Verhalten Gröbers geht hervor, daß der Widerstand gegen die Vorlage wohl ausschließlich auf den bayerischen Theil des Centrums beschränkt bleibt wird. Lieber wird also vornehmlich die Würde seiner Partei hinter sich haben und kommt zu einer günstigen Entscheidung beitragen. Ein Schluß darauf ist schon aus der vorgebrachten Verhandlung in der Budgetcommission über

den Marinestat zu ziehen, die nicht so verlaufen sein würde, wie sie verlaufen ist, wenn sich Dr. Sieber in der Minderheit wüßte. Das Ergebnis war, daß das gesammte Extraordinarium mit den gesammten Schiffenbauteilen bestimmt wurde. Der Abg. Richter erklärte von vornherein, daß Flottengefecht sei ja doch so gut wie ausgeschlossen, also habe es keinen Zweck, gegen einzelne Positionen sich zu erläutern; dafselbe erklärte der Abg. v. Jagd, jeweils im Namen der polnischen Fraktion. Damit war der Streit um die erste Quote zur Ausführung des Flottengesetzes zu Ende und die ersten Kästen zum Bau von zwei Kanonenbooten, eines großen Kreuzers, zweier kleiner Kreuzer, zweier Panzerboote, eines Torpedobootes und die erste Kiste zum Bau des Torpedobootes wurden glattweg genehmigt. Nur in einem Puncte war Dr. Sieber unverträglich: er wollte nicht auf den Bericht des Abg. Benigni eingehen, das Flottengesetz vor der zweiten und dritten Sitzung des Hauses zu erledigen. Die Tafel des Centrums geht eben dahin, dass allein Bahrmeier nach es dem Abg. Sieber gelungen, die Mehrheit der Fraktion für seine Ansicht zu gewinnen, und die Mehrheit wird sich doch der Minderheit nicht unterwerfen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Behauptung der „Hermannia“ zutreffend sei; alles, was über die Fraktionssitzung vom 7. d. bekannt wird, widerspricht dieser Behauptung. Obgleich von dem Vorkommen Graesens Hompesch dringende Einladungen zu dieser Sitzung ergangen waren, war sie doch nur mäßig besucht; die Mehrheit der bayerischen Ultramontanistinnen war abweichen, nur der Abgeordnete Schädel war als ihr Vorstatter herbeigeeilt, um dem Eifer Lieber's einen Dämpfer aufzulegen. Die Verhandlungen wurden allerdings in einem sehr möglichen Ton geführt, aber alles dies tauschte die Wahrscheinlichkeit nicht verschleiern, dass es bei den kommenden Abstimmungen über die Vorlage zu einer Spaltung des Centrums kommen wird; die Bäuerinnen werden vornehmlich der Mehrheit ihrer Fraktionsgenossen nicht folgen und sich ablehnend verhalten. Es ist aber wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn in manchen Kreisen die Rede davon ist, daß die Bäuerinnen entschlossen seien, aus der Partei auszutreten und eine eigene Gruppe zu bilden; das ist sicherlich beabsichtigt und würde auch mit den Erklärungen Schädel's in Widerspruch stehen, die dieser noch in vergangenen Jahren abgegeben hat. Eine andere Frage ist freilich, wie lange das Centrum solche Spaltung in wichtigen nationalen Dingen vertragen wird; eine Rückwirkung auf den inneren Zusammenhang der Partei könnte sie unmöglich bleiben. Die Redner in der Montagssitzung waren, nachdem Müller-Julius über die Vorlage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet hatte, hauptsächlich Lieber, Gröber und v. Hartmann. Gröber stellte sich dabei vollständig auf den Standpunkt, als dessen Vertreter in erster Linie Lieber gilt, während Schädel und v. Hartling gegen ein so weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Regierung ihre Bedenken erhoben. Aber schon aus dem Verhalten Gröbers geht hervor, daß der Widerstand gegen die Vorlage wohl ausschließlich auf den bayerischen Theil des Centrums beschränkt bleibt wird. Lieber wird also vornehmlich die Würde seiner Partei hinter sich haben und kommt zu einer günstigen Entscheidung beitragen. Ein Schluß darauf ist schon aus der vorgebrachten Verhandlung in der Budgetcommission über

den Marinestat zu ziehen, die nicht so verlaufen sein würde, wie sie verlaufen ist, wenn sich Dr. Sieber in der Minderheit wüßte. Das Ergebnis war, daß das gesammte Extraordinarium mit den gesammten Schiffenbauteilen bestimmt wurde. Der Abg. Richter erklärte von vornherein, daß Flottengefecht sei ja doch so gut wie ausgeschlossen, also habe es keinen Zweck, gegen einzelne Positionen sich zu erläutern; dafselbe erklärte der Abg. v. Jagd, jeweils im Namen der polnischen Fraktion. Damit war der Streit um die erste Quote zur Ausführung des Flottengesetzes zu Ende und die ersten Kästen zum Bau von zwei Kanonenbooten, eines großen Kreuzers, zweier kleiner Kreuzer, zweier Panzerboote, eines Torpedobootes und die erste Kiste zum Bau des Torpedobootes wurden glattweg genehmigt. Nur in einem Puncte war Dr. Sieber unverträglich: er wollte nicht auf den Bericht des Abg. Benigni eingehen, das Flottengesetz vor der zweiten und dritten Sitzung des Hauses zu erledigen. Die Tafel des Centrums geht eben dahin, dass allein Bahrmeier nach es dem Abg. Sieber gelungen, die Mehrheit der Fraktion für seine Ansicht zu gewinnen, und die Mehrheit wird sich doch der Minderheit nicht unterwerfen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Behauptung der „Hermannia“ zutreffend sei; alles, was über die Fraktionssitzung vom 7. d. bekannt wird, widerspricht dieser Behauptung. Obgleich von dem Vorkommen Graesens Hompesch dringende Einladungen zu dieser Sitzung ergangen waren, war sie doch nur mäßig besucht; die Mehrheit der bayerischen Ultramontanistinnen war abweichen, nur der Abgeordnete Schädel war als ihr Vorstatter herbeigeeilt, um dem Eifer Lieber's einen Dämpfer aufzulegen. Die Verhandlungen wurden allerdings in einem sehr möglichen Ton geführt, aber alles dies tauschte die Wahrscheinlichkeit nicht verschleiern, dass es bei den kommenden Abstimmungen über die Vorlage zu einer Spaltung des Centrums kommen wird; die Bäuerinnen werden vornehmlich der Mehrheit ihrer Fraktionsgenossen nicht folgen und sich ablehnend verhalten. Es ist aber wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn in manchen Kreisen die Rede davon ist, daß die Bäuerinnen entschlossen seien, aus der Partei auszutreten und eine eigene Gruppe zu bilden; das ist sicherlich beabsichtigt und würde auch mit den Erklärungen Schädel's in Widerspruch stehen, die dieser noch in vergangenen Jahren abgegeben hat. Eine andere Frage ist freilich, wie lange das Centrum solche Spaltung in wichtigen nationalen Dingen vertragen wird; eine Rückwirkung auf den inneren Zusammenhang der Partei könnte sie unmöglich bleiben. Die Redner in der Montagssitzung waren, nachdem Müller-Julius über die Vorlage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet hatte, hauptsächlich Lieber, Gröber und v. Hartmann. Gröber stellte sich dabei vollständig auf den Standpunkt, als dessen Vertreter in erster Linie Lieber gilt, während Schädel und v. Hartling gegen ein so weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Regierung ihre Bedenken erhoben. Aber schon aus dem Verhalten Gröbers geht hervor, daß der Widerstand gegen die Vorlage wohl ausschließlich auf den bayerischen Theil des Centrums beschränkt bleibt wird. Lieber wird also vornehmlich die Würde seiner Partei hinter sich haben und kommt zu einer günstigen Entscheidung beitragen. Ein Schluß darauf ist schon aus der vorgebrachten Verhandlung in der Budgetcommission über

den Marinestat zu ziehen, die nicht so verlaufen sein würde, wie sie verlaufen ist, wenn sich Dr. Sieber in der Minderheit wüßte. Das Ergebnis war, daß das gesammte Extraordinarium mit den gesammten Schiffenbauteilen bestimmt wurde. Der Abg. Richter erklärte von vornherein, daß Flottengefecht sei ja doch so gut wie ausgeschlossen, also habe es keinen Zweck, gegen einzelne Positionen sich zu erläutern; dafselbe erklärte der Abg. v. Jagd, jeweils im Namen der polnischen Fraktion. Damit war der Streit um die erste Quote zur Ausführung des Flottengesetzes zu Ende und die ersten Kästen zum Bau von zwei Kanonenbooten, eines großen Kreuzers, zweier kleiner Kreuzer, zweier Panzerboote, eines Torpedobootes und die erste Kiste zum Bau des Torpedobootes wurden glattweg genehmigt. Nur in einem Puncte war Dr. Sieber unverträglich: er wollte nicht auf den Bericht des Abg. Benigni eingehen, das Flottengesetz vor der zweiten und dritten Sitzung des Hauses zu erledigen. Die Tafel des Centrums geht eben dahin, dass allein Bahrmeier nach es dem Abg. Sieber gelungen, die Mehrheit der Fraktion für seine Ansicht zu gewinnen, und die Mehrheit wird sich doch der Minderheit nicht unterwerfen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Behauptung der „Hermannia“ zutreffend sei; alles, was über die Fraktionssitzung vom 7. d. bekannt wird, widerspricht dieser Behauptung. Obgleich von dem Vorkommen Graesens Hompesch dringende Einladungen zu dieser Sitzung ergangen waren, war sie doch nur mäßig besucht; die Mehrheit der bayerischen Ultramontanistinnen war abweichen, nur der Abgeordnete Schädel war als ihr Vorstatter herbeigeeilt, um dem Eifer Lieber's einen Dämpfer aufzulegen. Die Verhandlungen wurden allerdings in einem sehr möglichen Ton geführt, aber alles dies tauschte die Wahrscheinlichkeit nicht verschleiern, dass es bei den kommenden Abstimmungen über die Vorlage zu einer Spaltung des Centrums kommen wird; die Bäuerinnen werden vornehmlich der Mehrheit ihrer Fraktionsgenossen nicht folgen und sich ablehnend verhalten. Es ist aber wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn in manchen Kreisen die Rede davon ist, daß die Bäuerinnen entschlossen seien, aus der Partei auszutreten und eine eigene Gruppe zu bilden; das ist sicherlich beabsichtigt und würde auch mit den Erklärungen Schädel's in Widerspruch stehen, die dieser noch in vergangenen Jahren abgegeben hat. Eine andere Frage ist freilich, wie lange das Centrum solche Spaltung in wichtigen nationalen Dingen vertragen wird; eine Rückwirkung auf den inneren Zusammenhang der Partei könnte sie unmöglich bleiben. Die Redner in der Montagssitzung waren, nachdem Müller-Julius über die Vorlage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet hatte, hauptsächlich Lieber, Gröber und v. Hartmann. Gröber stellte sich dabei vollständig auf den Standpunkt, als dessen Vertreter in erster Linie Lieber gilt, während Schädel und v. Hartling gegen ein so weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Regierung ihre Bedenken erhoben. Aber schon aus dem Verhalten Gröbers geht hervor, daß der Widerstand gegen die Vorlage wohl ausschließlich auf den bayerischen Theil des Centrums beschränkt bleibt wird. Lieber wird also vornehmlich die Würde seiner Partei hinter sich haben und kommt zu einer günstigen Entscheidung beitragen. Ein Schluß darauf ist schon aus der vorgebrachten Verhandlung in der Budgetcommission über

den Marinestat zu ziehen, die nicht so verlaufen sein würde, wie sie verlaufen ist, wenn sich Dr. Sieber in der Minderheit wüßte. Das Ergebnis war, daß das gesammte Extraordinarium mit den gesammten Schiffenbauteilen bestimmt wurde. Der Abg. Richter erklärte von vornherein, daß Flottengefecht sei ja doch so gut wie ausgeschlossen, also habe es keinen Zweck, gegen einzelne Positionen sich zu erläutern; dafselbe erklärte der Abg. v. Jagd, jeweils im Namen der polnischen Fraktion. Damit war der Streit um die erste Quote zur Ausführung des Flottengesetzes zu Ende und die ersten Kästen zum Bau von zwei Kanonenbooten, eines großen Kreuzers, zweier kleiner Kreuzer, zweier Panzerboote, eines Torpedobootes und die erste Kiste zum Bau des Torpedobootes wurden glattweg genehmigt. Nur in einem Puncte war Dr. Sieber unverträglich: er wollte nicht auf den Bericht des Abg. Benigni eingehen, das Flottengesetz vor der zweiten und dritten Sitzung des Hauses zu erledigen. Die Tafel des Centrums geht eben dahin, dass allein Bahrmeier nach es dem Abg. Sieber gelungen, die Mehrheit der Fraktion für seine Ansicht zu gewinnen, und die Mehrheit wird sich doch der Minderheit nicht unterwerfen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Behauptung der „Hermannia“ zutreffend sei; alles, was über die Fraktionssitzung vom 7. d. bekannt wird, widerspricht dieser Behauptung. Obgleich von dem Vorkommen Graesens Hompesch dringende Einladungen zu dieser Sitzung ergangen waren, war sie doch nur mäßig besucht; die Mehrheit der bayerischen Ultramontanistinnen war abweichen, nur der Abgeordnete Schädel war als ihr Vorstatter herbeigeeilt, um dem Eifer Lieber's einen Dämpfer aufzulegen. Die Verhandlungen wurden allerdings in einem sehr möglichen Ton geführt, aber alles dies tauschte die Wahrscheinlichkeit nicht verschleiern, dass es bei den kommenden Abstimmungen über die Vorlage zu einer Spaltung des Cent